



# Landtagsklub – News

07. Juli 2022



## Themen-Übersicht:

Sommerpause kommt nicht in Frage .....	3
ÖVP NÖ verhindert Maßnahmen gegen die Teuerung .....	3
Kinderbetreuungsangebot profitiert von Bund-Länder Vereinbarung .....	4
Zugang zu Frauenhäusern auch mit ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ .....	5
Änderungen im Hundehaltegesetz belastet Gemeinden enorm .....	5
HistorikerInnenkommission für problematische Ehrenbürgerschaften .....	6



## Sommerpause kommt nicht in Frage

In einer von der SPÖ NÖ eingebrachten **Aktuellen Stunde** bekräftigen die Sozialdemokraten ihre Forderung von der Politik, sich im Sommer keine Pause zu gönnen, sondern weiterzuarbeiten. „Zu groß sind die aktuellen Herausforderungen für viele Menschen, als dass sich die Politik jetzt in eine große Sommerpause verabschieden darf“, erklärte dabei LAbg. René Pfister.

LAbg. Mag. Christian Samwald pflichtete ihm bei und fügte hinzu: „Allen voran ist natürlich die **hohe Inflation** ein Faktor, der uns große Sorgen bereitet. Sich bis zum Herbst zurückzulehnen und die NiederösterreicherInnen warten zu lassen, darf nicht unser politischer Anspruch sein.“

## ÖVP NÖ verhindert Maßnahmen gegen die Teuerung

„Wenn ich ein Haus in Flammen sehe, rufe ich selbst sofort die Feuerwehr und warte nicht darauf, dass es jemand anderer für mich tut – das wäre verantwortungslos“, zieht LAbg. Rene Pfister die Parallele zur Haltung der ÖVP NÖ zur anhaltenden Teuerung. Anhaltend ist auch die **Untätigkeit des Landes NÖ**, das bis Ende September mit eigenen Antiteuerungsmaßnahmen abwarten will.

Auch im Zuge dieser Landtagssitzung stellte die SPÖ NÖ 3 Forderungen, die die Menschen entlasten sollten:



- 1) sofortiger Stopp der Preissteigerungen für Energie
- 2) sich als Land NÖ auf Bundesebene endlich für rasch wirksame Maßnahmen stark zu machen. Dabei sollen Maßnahmen ergriffen werden, die die Preissteigerungen reduzieren, Einkommen erhöhen, mehr Verteilungsgerechtigkeit erreichen und für eine zukunftsorientierte Energiepolitik sorgen.
- 3) ‚blau-gelber Kinderbetreuungsbonus‘ - Der Mindestbeitrag von 50€ für die Nachmittagsbetreuung im Kindergarten soll den Eltern rückerstattet werden, was zu einer raschen Entlastung von Familien von 600€ jährlich pro Kind führen würden. Der Antrag wurde nicht behandelt, sondern von der ÖVP NÖ auf den Herbst vertagt.

Auch in dieser Landtagssitzung wurden alle Forderungen, die den Menschen Erleichterungen bringen sollen, von der ÖVP NÖ abgelehnt und können deshalb nicht umgesetzt werden. Somit reißen auch sie sich in **insgesamt 5 Anträge** ein, die die SPÖ NÖ gegen die Teuerung bereits einbrachte und die allesamt von der ÖVP abgelehnt wurden.

„Das Haus brennt. Und anstatt die Feuerwehr selbst zu rufen, wartet die ÖVP NÖ darauf, dass es der Bund für sie tut. Doch Zuschauen wird den Menschen in Niederösterreich weiterhin nichts bringen“, meinte Pfister dazu abschließend.

## Kinderbetreuungsangebot profitiert von Bund-Länder Vereinbarung

„Versprochen wurde eine ‚Kindergartenmilliarde‘ - gekommen ist ein Fünftel davon“, erläutert LAbg. Kerstin Suchan-Mayr mit Verweis darauf, dass die von der Bundesregierung versprochenen Mittel für einen flächendeckenden Ausbau notwendig gewesen wären.

Dennoch gibt es auch positive Neuigkeiten: In der Bund-Länder Vereinbarung wurden gute und wichtige Ziele festgelegt, die in vielen Punkten den Ansätzen des ‚**SPÖ NÖ KinderPROgramms**‘ entsprechen. „Dennoch müssen wir die Messlatte um einiges höher



ansetzen – **eine flächendeckende ganztägige, ganzjährige und gratis Kinderbetreuung ist die einzige Lösung**“, untermauert Suchan-Mayr abschließend.

## Zugang zu Frauenhäusern auch mit ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘

Auch Frauen mit ‚Rot-Weiß-Rot-Karte‘ bleiben von häuslicher Gewalt leider nicht verschont. Deshalb war es der SPÖ NÖ ein Anliegen, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit auch sie einen **Zugang zu Frauenhäusern** haben können. Erfreulicherweise wurde dieser Antrag **im Landtag angenommen** und somit ein wichtiger Schritt gesetzt.

## Änderungen im Hundehaltegesetz belastet Gemeinden enorm

Dem Antrag zur Änderung des Hundehaltegesetzes konnte die SPÖ-Fraktion im heutigen Landtag nicht zustimmen. „Dem enormen Mehraufwand für die Gemeinden können wir nicht mittragen, wenn dieser nicht entsprechend abgegolten wird“, begründet LAbg. Rainer Windholz MSc. Ein **Abänderungsantrag der SPÖ NÖ**, die sogenannten ‚Listenhunde‘ zu streichen, wurde ebenfalls von der ÖVP NÖ abgelehnt. „Dabei werden entgegen wissenschaftlicher Erkenntnisse Hunderrasse willkürlich als gefährlich eingestuft, das gehört abgeschafft“, bekräftigt Windholz zum Abschluss seiner Wortmeldung.

Der Abänderungsantrag wurde von ÖVP, FPÖ, GRÜNE und NEOS abgelehnt.



## HistorikerInnenkommission für problematische Ehrenbürgerschaften

Um sich mit der Aufarbeitung und dem Umgang mit Ehrenbürgerschaften historisch belasteter Personen zu befassen, stellte die SPÖ NÖ den Antrag, eine **HistorikerInnenkommission** ins Leben zu rufen.

„Von den dunkelsten Stunden unserer Geschichte blieb natürlich auch Niederösterreich nicht unberührt,“ erklärt LAbg. Hannes Weninger im Plenum. Er erklärt damit den Brauch der Phase des Austrofaschismus und der NS-Herrschaft, zahlreiche Ehrenbürgerschaften zu verleihen. „Es ist unsere Pflicht, sich mit diesen Umständen der Geschichte ernsthaft zu befassen“, appelliert Weninger.

Der Antrag wurde von ÖVP, FPÖ abgelehnt.